

Stand: 06.04.2026 01:15:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18249

"Klagen der ÖPP-Betreiber auf Nachforderungen bezüglich der Autobahn A 8 Augsburg - Ulm zurückweisen - Bayerns Steuerzahler schonen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18249 vom 26.09.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 27.09.2017
3. Mitteilung 17/18481 vom 12.10.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Inge Aures, Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Volkmar Halbleib, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Klagen der ÖPP-Betreiber auf Nachforderungen bezüglich der Autobahn A 8 Augsburg – Ulm zurückweisen – Bayerns Steuerzahler schonen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gegenüber dem Bund klarzustellen, dass der Freistaat Bayern keine Risikoverlagerung bei den bisher etablierten Projekten von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) beim Autobahnbau von den privaten Betreiberkonsortien hin zur öffentlichen Hand dulden wird. Derzeit betrifft dies die Klage der Investoren der Projektgesellschaft A1 mobil GmbH bezüglich der Strecke zwischen Bremen und Hamburg gegen den Staat auf 787 Mio. Euro Nachzahlung wegen enttäuschter Einnahmeerwartungen aus der Lkw-Maut. Ein Präzedenzfall auch im Wege eines Vergleichs ist strikt zu vermeiden!

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu berichten, welche Klageforderungen gegen den Staat seitens der PANSUEVIA GmbH und eventueller anderer Kläger in Bayern erhoben werden, die vor zwei Jahren das ÖPP-Projekt Ausbau der A 8 zwischen Augsburg und Ulm realisiert hatten und nun Mehrkosten geltend machen sollen. Insbesondere von Interesse sind die Begründungen der einzelnen Klagepunkte mit Rückgriff auf den Vertragstext zwischen der Autobahndirektion Südbayern und der Projektgesellschaft und ihren Investoren.

Begründung:

Gerade in Zeiten günstigster Zinsen und optimaler Refinanzierungsmöglichkeiten des Staates hat die SPD-Landtagsfraktion verstärkt Bedenken gegen die Sinnhaftigkeit von ÖPP-Projekten und sieht sich in dieser Haltung angesichts dramatischer Nachzahlungsforderungen im Norden der Bundesrepublik und nun wohl auch in Bayern voll in dieser Haltung bestätigt – gerade in einer Phase der Hochkonjunktur mit stets überproportional wachsendem Schwerlastverkehr auf unseren Autobahnen.

Wie auch im Fall der A 1 (2008 bis 2038) haben ÖPP-Projekte in der Regel eine Laufzeit von 30 Jahren, die den Bau oder Ausbau samt Betreiben von Autobahnabschnitten und dessen Rückgabe nach drei Jahrzehnten an den Fiskus in vertragsgemäßem Zustand umfassen und im Gegenzug mit dem streckenbezogenen Aufkommen der Lkw-Maut entgolten werden. Was auffällt, ist der Umstand, dass schon seit 2008(!) um angeblich zu geringe Lkw-Frequenz aufgrund der Finanzkrise gestritten wird, aber seit spätestens 2011 diese als überwunden gelten kann und der Lkw-Verkehr in Deutschland von einem Rekord zum nächsten jagt, da die anderen Verkehrsträger Schiene und Fluss ungenügende Kapazitäten aufweisen.

Aus Sicht der Steuerzahler empört die Tatsache, dass bei der A 1 nach neun Jahren und bei der A 8 sogar nach lediglich zwei Jahren Reparationen gefordert werden, obwohl erst nach 30 Jahren eine Bilanzziehung vernünftig und zulässig ist. Der Eindruck verdichtet sich, dass zwar sichere Gewinne erwartet und gerne generiert werden, ohne aber das entsprechende Risiko zu tragen. Dies solle der Staat tragen, was aber die Gesamtkonstruktion von ÖPP in Misskredit bringt.

Rund um die Konflikte zwischen Privat und Staat wird auch prächtig verdient. So etwa durch Internationale Anwaltskanzleien wie Freshfields, zweitens durch beteiligte Banken wie Unicredit als Kreditgeber. Der Bundesrechnungshof hat auch ohne die aktuell vorliegenden Klagen mehrfach moniert, dass ÖPP für den Staat verlustreich ist. Umso mehr gilt dies nun und Freistaat Bayern wie Bund sind aufgefordert, die derzeitigen Fehlentwicklungen zum Anlass für ein Umsteuern der Großprojekte bei Straße und auch Bahn in Richtung alleinige Verantwortung beim Staat und seinen Fachbehörden zu belassen und im Sinne seiner steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürgern den Privatisierungswahn zu beenden.

aufgeführt, was Sie an Europa nicht sehen. Somit bleibt die Frage offen, was Sie denn eigentlich sehen. Wo sind die Vorschläge? Wo sind Ihre Vorschläge für ein funktionierendes Europa von morgen? Das ist die erste Frage.

Das andere ist, wo Sie im Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion einen Ansatz für ein Europa von morgen sehen. Weshalb tun Sie so, als gehe es darum, dass Bulgarien und Rumänien nächstes oder übernächstes Jahr in den Schengenraum kommen? Juncker hat nichts anderes gesagt, als dass er möchte, dass an den Kriterien und den Voraussetzungen gearbeitet wird. Es steht völlig außer Frage und wird von keinem von uns behauptet, derzeit seien die Kriterien für den Beitritt Rumäniens zum Schengenraum erfüllt. Aber Herr Juncker hat natürlich gesagt: Wenn die Kriterien erfüllt sind, haben sie das Recht zum Beitritt. Und dann sollen sie auch beitreten; denn das macht Sinn! Hier würde mich interessieren, weshalb Sie ständig so tun, als gehe es um den morgigen Beitritt des heutigen Rumäniens oder des heutigen Bulgariens. Das hat Juncker niemals gesagt. Weshalb erzählen Sie hier in Bayern eine völlig andere Botschaft als Ihre Vertreter auf der europäischen Ebene?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Liebe Frau Kamm, es ist immer etwas problematisch, wenn man von "immer" und von "ständig" spricht. Das würde ich an Ihrer Stelle nicht tun.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Es geht hier um etwas ganz Konkretes. Es geht darum, dass die Menschen in Deutschland im Moment in einer Situation von Angst und Sorge sind. Das liegt an verschiedenen Erfahrungen, die sie gemacht haben, vor allem auch solchen der Kriminalität in unserem Land. Wenn diese Menschen eine Rede hören, in der ein Präsident, zumal häufig durch mediale Berichterstattung verkürzt, davon spricht, dass man den Schengenraum bzw. den Euroraum erweitern solle, dann verstehen die Menschen nicht, was das bedeutet.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, jetzt bin ich dran, bitte, Sie hatten jetzt Ihre Chance. Frau Kamm, wenn etwas in den Verträgen steht, warum muss man es dann permanent wiederholen? Ich dachte, dies sei eine Rede, die zeige, wohin sich Europa in der allernächsten Zeit entwickeln werde. Wir stehen selbstverständlich zu den Verträgen. Selbstverständlich stehen wir dazu, dass

Länder, die die Voraussetzungen erfüllen und auch nachweisen können, das Recht zu bestimmten Dingen haben, etwa dazu, dem Euroraum oder dem Schengenraum beizutreten. Aber fragen Sie die Länder doch einmal: Wollen die das überhaupt? Das ist ja in aller Regel gar nicht der Fall. Ich meine deshalb, dass wir diese Länder zu diesem Glück nicht zwingen sollen. Stattdessen müssen wir sie dort beraten, wo sie Unterstützung brauchen, um die Voraussetzungen zu schaffen. Hier können wir ihnen sicherlich helfen, damit das klappt. Natürlich wäre es im Endeffekt für Europa schöner, wenn noch mehr Länder den Euro als Währung hätten. Wir sollten die Länder aber nicht zu ihrem Glück zwingen. Lassen wir ihnen die Möglichkeit, eigenverantwortlich zu entscheiden, wie und wann sie diese Anträge stellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/18248 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich komme jetzt zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/18268. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/18269 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18249 bis 17/18254 sowie auf den Drucksachen 17/18270 und 17/18271 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.



Mitteilung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/18249

**Klagen der ÖPP-Betreiber auf Nachforderungen bezüglich der
Autobahn A 8 Augsburg – Ulm zurückweisen – Bayerns Steuer-
zahler schonen!**

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 17/18249 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt